

Weitere Kooperation von Kommunen und Arbeitsagenturen

FACHGESPRÄCH CSU-Politiker diskutierten mit Vertretern der Agentur für Arbeit nach Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts zu AR-Gen Lösungsmöglichkeiten.

SCHWANDORF/CHAM. Zu einem Fachgespräch in der Agentur für Arbeit Schwandorf traf der CSU-Bundestagsabgeordnete Stefan Müller, Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Ausschuss für Arbeit und Soziales, stellvertretender Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Landesvorsitzender der Jungen UNION Bayern, mit dem Vorsitzenden der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Schwandorf, Joachim Ossmann, zusammen. Zentrale Themen waren dabei die aktuelle Arbeitsmarktentwicklung im Bezirk Schwandorf und die zukünftige Gestaltung der Zusammenarbeit der Bundesagentur mit den Kommunen nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, wie es in einer Pressemitteilung der CSU heißt.

Joachim Ossmann informierte darüber, dass im Bezirk Schwandorf im Januar 2008 mit einer Arbeitslosenquote von 6,3 Prozent der niedrigste Stand seit 15 Jahren erreicht wurde. Als Hauptgründe hierfür nannte Ossmann die gute wirtschaftliche Entwicklung und das hervorragende Engagement der Unternehmer in der Region, denen es gelinge, Arbeitsplätze zu sichern bzw. neue zu schaffen. Die

Arbeitsagentur habe mit ihrem personell verstärkten Arbeitgeberservice einen Teil zu diesem guten Ergebnis beigetragen. Diese Arbeit werde fortgesetzt. „Die Arbeitsschwerpunkte 2008 sind weiterhin die Vermittlung von Jugendlichen, Langzeitarbeitslosen und von Frauen“, betonte Ossmann.

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Urteil vom Dezember 2007 die bisherige Zusammenarbeit der Kommunen mit der Agentur für Arbeit in den sogenannten Arbeitsgemeinschaften (kurz: ARGen) für mit dem Grundgesetz nicht vereinbar erklärt. Es hatte festgestellt, dass jeder Träger seine Aufgaben für die Grundsicherung der Bürger eigenverantwortlich wahrzunehmen hat. Bund, Länder und Gemeinden müssen daher dringend nach Lösungen suchen, wie die Zusammenarbeit künftig organisiert werden kann.

Bei dem Fachgespräch wurde daher über künftige Organisationsformen diskutiert. Die Verantwortlichen der Arbeitsagentur erläuterten dabei ihre bisherigen guten Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit den Kommunen. Gemeinsam wurde überlegt, wie diese positiven Erfahrungen unter Beachtung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts fortgeführt und auf der Grundlage freiwilliger Kooperationsvereinbarungen weiter entwickelt werden können.

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Stefan Müller sicherte zu, dass die Ergebnisse des Gesprächs bzw. die Informationen bei den zukünftigen Beratungen der Bundespolitik berücksichtigt werden.



Die Gesprächsteilnehmer MdB Klaus Hofbauer, Joachim Ossmann, MdB Stefan Müller, die JU-Kreisvorsitzende Martina Enghardt, der JU-Bezirksvorsitzende Alexander Fischer und weitere Vertreter der Agentur für Arbeit (von links) teil.